

6. Populismus – vom Verdammen zum Verstehen

DIRK JÖRKE / VEITH SELK

Die Wahl von Donald Trump, die Entscheidung der Briten, die Europäische Union zu verlassen, der Aufstieg der AfD in Deutschland, die inzwischen beendeten Koalitionen aus »Lega« und »Movimento Cinque Stelle« in Italien und aus FPÖ und ÖVP in Österreich sowie nicht zuletzt die Etablierung nationalpopulistischer Regime in Ungarn und Polen haben eine intensive Debatte über den Populismus entfacht. Dieser erhitzt nicht nur in der politischen Öffentlichkeit die Gemüter, er sorgt auch in Sozialwissenschaft und Demokratietheorie für Aufregung. Strittig ist insbesondere, wie das Phänomen Populismus zu bewerten ist. In diesem Streit ist eine liberale Kritik vorherrschend, die den Populismus als undemokratisch und antipluralistisch verurteilt und ihm ein idealisiertes Bild der liberalen Demokratie entgegenhält.



Abb. 1 »Wir sind das Volk!«

© picture alliance / dieKLEINERT.de / Martin Erl, 2018

Der »Antipopulismus«

Der liberale Antipopulismus formuliert hohe moralische Ansprüche. Dadurch spielt er jenen Populisten in die Hände, die einen Gegensatz zwischen den »abgehobenen Eliten« und den »einfachen Bürgern« behaupten, und trägt zu einer Verfestigung jener gesellschaftlicher Spaltungen bei, die die populistische Revolte bedingen. Doch nicht nur dies, seine Fokussierung auf normative Standards hat sowohl in der sozialwissenschaftlichen Diskussion als auch in der öffentlichen Debatte dazu geführt, dass die Frage nach den Ursachen der populistischen Revolte allzu schnell beantwortet worden ist. Es scheint, als hätten es sich viele mit der These bequem gemacht, die Wähler populistischer Parteien seien überwiegend von undemokratischen Ressentiments und rassistischen Motiven geprägt. Natürlich wird auch über andere Ursachen des Populismus gesprochen, doch das geschieht zumeist vor dem Hintergrund unreflektierter liberaldemokratischer Annahmen. Diese selbst werden nicht hinterfragt, und in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus sind sie geradezu zum Dogma geworden. Das führt zu einer Reproduktion jener Verhältnisse, Denk- und Handlungsweisen, die die populistische Revolte bedingen.

Wir wollen diese Thesen im Folgenden in drei Schritten entfalten. Zunächst möchten wir die Grundzüge der liberalen Kritik des Populismus skizzieren. In einem zweiten Schritt werden wir dann deren blinde Flecken und realpolitische Implikationen aufzeigen. Abschließend formulieren wir eine alternative Deutung der gegenwärtigen Welle des Populismus. Wir interpretieren Populismus nicht allein als ein zu bekämpfendes Übel, sondern auch als ein Symptom einer gesellschaftlich-politischen Transformation.

Die liberale Kritik des Populismus

»Populismus« ist ein umkämpfter Begriff, der stark normativ konnotiert ist. Er wird häufig polemisch verwendet, mit dem Ziel, den »populistischen« Gegner als einen »Volksverführer« zu diskreditieren – oder aber um sich selbst eine besondere »Volksverbundenheit« zuzuschreiben. In Deutschland überwiegt die abwertende Begriffsverwendung, die positive Selbstbeschreibung als »Populist« findet sich selten. Auch in der sozialwissenschaftlichen Literatur ist die negative Konnotation vorherrschend. Dies führt in der wissenschaftlichen Praxis zu einem Changieren zwischen wissenschaftlicher Analyse und normativer Selbstvergewisserung, ein »guter Demokrat« zu sein und auf der richtigen Seite zu stehen.

Bereits das Wort Populismus löst affektive Reaktionen aus. Eine gleichsam nüchterne Begriffsverwendung scheint dadurch fast unmöglich zu sein. Dabei besitzt der Begriff einen analytischen Mehrwert, den man nicht verschenken sollte. Er kann helfen, ein Phänomen zu beschreiben, das aus der Realität moderner Demokratien nicht mehr wegzudenken ist und das auf Legitimationsprobleme in den Gegenwartsdemokratien verweist. Populismus ist nicht nur selbst ein normatives Problem, er ist auch ein Problemindikator.

Populismus ist eine dünne Ideologie. Im Unterschied zu den »dicken« politischen Ideologien des Sozialismus, Liberalismus und Konservatismus stellt er selbst keine politische Programmatik dar. Er artikuliert kein spezifisches politisches Projekt, vielmehr stellt er eine bestimmte Form der Auseinandersetzung dar, die auf eine dualistische Strukturierung des politischen Raums abzielt. Aus diesem Grund muss Populismus in der Praxis mit programmatischen Inhalten angereichert werden. Andernfalls ist er nicht als

politische Kraft identifizierbar, entfaltet keine Wirkung und findet keine Unterstützer. Diese Inhalte sind immer kulturell geprägt und beziehen sich auf konkrete Milieus, sie sind kontextuell variabel und entstammen allen Seiten des politischen Spektrums. Deshalb kann es sowohl einen Links- wie Rechtspopulismus als auch einen Populismus der Mitte geben. In Europa ist gegenwärtig freilich der Rechtspopulismus auf dem Vormarsch – und dies aus Gründen, auf die wir in Abschnitt drei eingehen werden.

Populisten beschreiben den politischen Raum dualistisch. Sie berufen sich auf »das einfache Volk« beziehungsweise auf den »common sense« der »ordinary people« und inszenieren sich als deren Sprachrohr. Zugleich grenzen sie sich polemisch von »der Elite« und »dem Establishment« ab. Die Unterscheidung zwischen Volk und Elite wird im Populismus moralistisch aufgeladen und mit einer Bedrohungsrhetorik versehen. Die Kernbotschaft lautet: Die böse Elite bedroht das gute Volk. Populistische Politiker und Parteien inszenieren sich als Sprachrohr des guten Volkes und sie sagen der Elite symbolisch den Kampf an.

Dieser »Kampf« richtet sich zuweilen auch gegen die intermediären Institutionen der repräsentativen Demokratie, vor allem gegen die Parteien und die Medien. Rhetorisch setzen sich populistische Akteure häufig für eine unmittelbare Beteiligung des Demos ein, praktisch weisen sie dieselben, zumeist sogar verstärkt, elitären Züge politischer Führung auf, die sie den etablierten politischen Kräften zum Vorwurf machen. Aus diesem Grunde ist der Populismus durch eine Spannung zwischen der Forderung nach direkten Formen der Demokratie auf der einen Seite und der Bedeutsamkeit von Führung, hierarchischer Organisation und der Missachtung demokratischer Verfahren auf der anderen Seite gekennzeichnet. Diese Spannung suchen populistische Politiker oftmals durch ihre Berufung auf eine plebiszitäre Legitimität aufzulösen. Für den Rechtspopulismus, der gegenwärtig in West- und Osteuropa vorherrschend ist, sind zudem ein antipluralistisches Verständnis von Demokratie und ein starker kultureller oder ethnischer Nationalismus charakteristisch. Letzterer führt dazu, dass der Übergang vom Rechtspopulismus hin zum Rechtsradikalismus fließend ist. Aus einem Populismus in der Demokratie kann ein Populismus gegen die Demokratie werden.

Auch wenn diese Verbindung zwischen Populismus und Rechtsradikalismus in Deutschland gegenwärtig offenkundig wird und wir uns im Folgenden mit einer liberalen Kritik am Populismus beschäftigen wollen, sollte beachtet werden, dass der Populismus von einem im weiten Sinne liberalen politischen Standpunkt aus betrachtet nicht notwendigerweise als etwas Negatives erscheinen muss. Tatsächlich haben viele populistische Parteien und Politiker bisweilen Programmatiken formuliert und Ziele verfolgt, die liberal sind. Hierzu zählten etwa die Kritik des Wachstums der staatlichen Bürokratie, die Forderung nach einer Begrenzung des Wohlfahrtsstaats und der Besteuerung der Bürgerinnen und Bürger.

Dennoch besteht kein Zweifel, dass der gegenwärtige Rechtspopulismus von vielen seiner Kritiker als eine anti-liberale politische Kraft gesehen wird. Man wirft ihm vor, er richte sich gegen das Leitbild der »offenen Gesellschaft«, da er die Liberalität westlicher Demokratien einschränken oder rückgängig machen wolle – etwa mit Blick auf die Einwanderung, die Rechte religiöser, vor allem muslimischer, Minderheiten oder die Anerkennung früher als abweichend bewerteter, heute indes stärker akzeptierter, alternativer Lebensstile und sexueller Orientierungen. Betrachtet man die Forderungen rechtspopulistischer Parteien und Politiker,



Abb. 2 »Demonstration der AfD und ihrer Sympathisanten am 27.5.2018 vor dem Berliner Hauptbahnhof. Auf den Transparenten war unter anderem zu lesen: »Asylbetrug beenden!« sowie »Kein Islam in Deutschland!«
© picture alliance/AP Photo

kommt man schnell zu dem Ergebnis, dass der Rechtspopulismus illiberale und antipluralistische Züge aufweist.

Liberalen meinen, durch die Verbindung von Repräsentation mit politischem Wettbewerb, Wahlen und einer pluralistischen Öffentlichkeit, könnten die heterogenen Meinungen, Interessen, Ansprüche und Gruppen der Bürgerschaft am besten zur Geltung kommen. Ein Vorzug der liberalen Demokratie bestehe zudem darin, dass die Regierenden immer wieder ausgetauscht werden könnten. Der offene politische Wettbewerb stelle sicher, dass es Konkurrenz – eine Opposition im Sinne einer Alternative – gebe und jeder seine politische Position äußern, in den Prozess der Willensbildung einspeisen und durch Repräsentanten vertreten lassen könne. Dadurch werde die Heterogenität und Pluralität der Gesellschaft erhalten und politisch sichtbar gemacht. Deshalb dürfe sich keine Gruppe oder Partei als das »wahre Volk« ausgeben und ihre Position als die alleingültige darstellen oder gar durchzusetzen trachten. In Anlehnung an die Demokratietheorie Claude Leforts (Claude Lefort, *Die Frage der Demokratie*, in: Rödel, Ulrich (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1990, S. 281–297) verstehen sie das Offenhalten des Zugangs zum politischen Entscheidungszentrum als besonders wichtig. Kein Teil der Bürgerschaft, etwa eine bestimmte soziale Schicht oder die Vertreter einer religiös fundierten Weltanschauung, dürfe sich anmaßen, das Ganze zu repräsentieren.

Die liberalen Kritiker/-innen des Populismus sehen wohl, dass in den real existierenden Demokratien die Bürgerinnen und Bürger nicht die gleichen Chancen haben, Zugang zu diesem Zentrum zu erhalten. Die politische Freiheit ist, so konzedieren sie, auch in liberalen Demokratien ungleich verteilt. Aber die Demokratien stellten die Mittel zur Behebung dieses Übels bereit und könnten sich dem Ideal der gleichen Freiheit immer weiter annähern.

Diese optimistische Einschätzung hängt nicht zuletzt mit dem Politikverständnis des Liberalismus zusammen, der Lernfähigkeit, wechselseitige Überzeugungsbereitschaft, Offenheit für neue Sichtweisen und Argumente, Empathie und Rationalität in das Zentrum der Politik stellt. Er deutet Politik primär als eine Sphäre oder einen Handlungsmodus, in dem mindestens strategisch motivierte Kompromisse, wenn nicht sogar vernünftige Einverständnisse erzielt werden könnten.

Am Populismus kritisieren liberale Kritiker deshalb, dass er einen polarisierenden, unvernünftigen und kompromisslosen Handlungsmodus in die Politik einführe, der dort nicht hingehöre. In der Demokratie habe dies insofern schädliche Folgen, als es ihren machtbegrenzenden Charakter unterminiere und sowohl strategische Kompromisse als auch vernünftig motivierte Einverständnisse unmöglich mache. Vor allem aber wird aus einer liberalen Perspektive der antipluralistische Charakter des Rechtspopulismus verurteilt. Er beachte Minderheitenrechte nicht, oder zumindest nicht genügend, und schließe ganze Bevölkerungsgruppen als nicht zum »echten Volk« zugehörig aus. Zudem bediene er sich einer ausgrenzenden Rhetorik, die ein menschenverachtendes öffentliches Klima erzeuge und dadurch Gewalt provoziere.

Die populismusverstärkenden Folgen der liberalen Kritik

Warum ist diese liberale Kritik aus unserer Sicht unzulänglich? Sind die soeben skizzierten liberalen Einwände gegenüber dem Rechtspopulismus nicht allesamt zutreffend? Wo liegt das Problem? Die meisten Beobachter stimmen darin überein, dass der Populismus mit einer vereinfachenden Gut-Böse-Unterscheidung operiert und die Gesellschaft dichotomisch spaltet: Hier die einfachen ehrlichen Bürger und dort die korrupten Eliten, hier das »reine Volk«, dort die Migranten/-innen oder »der Islam«. Die Botschaft lautet: Wir sind die Guten, ihr seid die Bösen. Cas Mudde spricht in diesem Zusammenhang von einem manichäischen Weltbild. Diese Beobachtung ist größtenteils zutreffend (Cas Mudde, *The Populist Zeitgeist*, in: *Government and Opposition* 39 (2004), S. 541–563).

Doch diese binäre Logik findet sich auch bei denjenigen liberalen Kritikern des Populismus, die sich selbst als die guten Demokraten beschreiben (»Alle Demokraten müssen nun gemeinsam ...«) und ein »demokratisches Wir« gegen ein »die bösen Populisten« in Stellung bringen. In der Konsequenz wird dadurch die populistische Gut-gegen-Böse-Logik reproduziert. Damit ist der liberalen Demokratietheorie, aber auch der medialen Auseinandersetzung mit dem Populismus, selbst eine dichotomische Rhetorik eingeschrieben, die der populistischen zumindest in dieser Hinsicht ähnelt. Das ist problematisch, weil dadurch populistische Reaktionsweisen provoziert und gestärkt werden. Wer sich unter Berufung auf liberale Werte in die Schmutzdecke gestellt sieht und als undemokratisch, schlecht, rassistisch oder primitiv beschrieben wird, den dürfte dies in seinem Hass auf die liberale Demokratie und deren Repräsentanten eher bestärken – und ihn oder sie gerade nicht zum Nach- oder Umdenken motivieren.

Auch viele Sozialwissenschaftler/-innen sind, nicht zuletzt aufgrund ihrer sozio-ökonomischen Lage und ihrer zumeist linksliberalen politischen Sozialisation, vehemente Gegner des Populismus. Sie stimmen darin überein, dass rechtspopulistische Revolten die liberalen Errungenschaften etablierter Demokratien bedrohen. Doch mit der moralischen Verurteilung des Rechtspopulismus und einer Flucht in das Reich idealer Theorie sind die Probleme – beispielsweise Xenophobie, Antigenderismus und Europafeindlichkeit – nicht aus der Welt geschafft. Tatsächlich gehen aber viele sozialwissenschaftliche Kritiker des Populismus häufig von einem Idealmodell der liberalen Demokratie aus und spielen in der Kon-



Abb. 3 »Hier stand einmal eine Mauer!«

© picture alliance / dieKLEINERT.de / Agostino Natale

sequenz die, auch in unseren Gesellschaften existierenden, ökonomischen, kulturellen und politischen Spaltungslinien herunter. Die liberale Demokratie weise massive politische Ungleichheiten auf, doch in Zukunft werde sich dies wieder zum Guten wenden: Nicht wenige Menschen vermag diese liberaldemokratische Fortschrittserzählung nicht mehr zu überzeugen. Das ist das Hauptproblem der liberalen Kritik am Populismus.

Hinzu kommt, dass sozialwissenschaftliche Deutungen die politische Wirklichkeit prägen. Versehen sie die allgegenwärtige Verurteilung des Populismus mit einer wissenschaftlichen Autorität, tragen sie mit dazu bei, dass jene politische Wirklichkeit bestätigt und verfestigt wird, die den populistischen Moment erzeugt. Und dazu gehört auf Seiten der Anhänger des Populismus die Wahrnehmung, in der politischen Wirklichkeit abgehobenen Deutungs-, Verdienst- und Entscheidungseliten gegenüberzustehen. Die liberale Kritik des Populismus spielt eine Melodie, die den Populismus ungewollt bestätigt und zusätzlich befördert. Um eine räumliche Metapher zu benutzen: Rechtspopulismus und liberale Kritik haben sich ineinander verkeilt.

Was die liberale Kritik nicht sieht oder nicht sehen will, und daher handelt es sich bei ihr um eine Art Flucht in das Reich idealer Theorie, ist, dass die gesellschaftlichen Voraussetzungen eines pluralistischen und demokratischen Miteinanders abhandengekommen sind. Moderne westliche Demokratien sind gespalten und das nicht nur in einem engeren ökonomischen, kulturellen oder regionalen Sinne, sondern auch mit Blick auf das, was man als das soziomoralische Zusammenleben und den demokratischen Gemeinssinn bezeichnen kann.

Eine andere Deutung des Populismus

Die gegenwärtige Welle des Rechtspopulismus bedroht liberale und demokratische Institutionen. Gerade deshalb sollte man sich nicht mit der bloß moralischen Verurteilung des Populismus begnügen, sondern auch dessen Ursachen verstehen. Unsere bisherige Argumentation lief auf die These hinaus, dass die vorherrschende Auseinandersetzung mit dem Populismus diesem Ziel nicht dient, sondern, im Gegenteil, wie ein Brandbeschleuniger wirkt. Damit sollten wir uns nicht zufriedengeben. Im Folgenden möchten wir daher einige Bausteine für eine andere Deutung des Populismus zusammentragen. Vor allem das Verständnis der gesellschaftlich-politischen Entwicklungen, die zum Aufstieg des Populismus beigetragen haben, ist ein notwendiger Schritt, um die liberale Abwehrhaltung zu reflektieren.

Hilfreich ist hierfür zunächst eine These aus einem Buch von Richard Rorty. In »Stolz auf unser Land« beschreibt Rorty nicht nur den Wandel der US-amerikanischen Linken von einer sozialdemokratischen zu einer kulturpolitischen Position, er liefert auch eine hellsichtige Analyse. Rorty diagnostiziert dort die Herausbildung einer Allianz zwischen einer Klasse von »internationalen kosmopolitischen Superreichen« und »den gut ausgebildeten und gut gestellten kosmopolitischen Fachleuten«. Gemeinsam sei es dieser Allianz aus dem reichsten Viertel der US-Bürger gelungen, Verteilungsfragen durch die Betonung kultureller Streitfragen von der politischen Agenda zu nehmen. Ihnen komme es sehr gelegen, wenn die »unteren drei Viertel der Amerikaner und die unteren 95 % der Weltbevölkerung sich über ethnische und religiöse Fragen streiten und über Sexualmoral diskutieren« (Richard Rorty, *Stolz auf unser Land. Die amerikanische Linke und der Patriotismus*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1999, S. 85). Diese Zeilen von Rorty sind rhetorisch überzogen. Rorty wollte auf diesem Wege die US-amerikanische Linke davor warnen, die soziale Frage zu verdrängen. Deren Vernachlässigung werde nämlich angesichts der Globalisierung und dem daraus resultierenden Abstieg der Arbeiterklasse zu einem Aufstieg des Rechtspopulismus führen – also genau zu dem, was wir jüngst in den USA erleben durften.

Zudem sollte man die Hinwendung vor allem von linken Parteien zu kulturellen Fragen, also zu Fragen der Identität und des Lebensstils, nicht allein verschwörungstheoretisch deuten, wie man es vielleicht bei Rorty hineinlesen könnte. Denn die Aufwertung kultureller Fragen ist auch Ergebnis eines Gesellschaftswandels. Darauf hat zuletzt Andreas Reckwitz in seinem Buch über die »Gesellschaft der Singularitäten« hingewiesen. Reckwitz unterscheidet dort zwischen der neuen Mittelklasse, zu der vorwiegend Akademiker/-innen gehören, zweitens der alten Mittelklasse, bestehend vorwiegend aus Facharbeitern, mittleren wie unteren Angestellten und nicht zuletzt aus der wachsenden Gruppe der Rentner/-innen sowie drittens der neuen Unterklasse, der prekär Beschäftigte, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger/-innen angehören. Entscheidend ist, dass Reckwitz eine zunehmende »Polarisierung von Klassen und Lebensstilen« in westlichen Demokratien feststellt: »Diese betrifft insbesondere die Relation zwischen der kulturell aufsteigenden neuen Mittelklasse auf der einen, der sozial und kulturell absteigenden neuen Unterklasse auf der anderen Seite. Während die neue Mittelklasse sich als kosmopolitische Träger der Kulturalisierungs- und Singularisierungsprozesse verstehen kann, findet eine soziale und kulturelle Entwertung der neuen Unterklasse statt.« Diese kulturelle Entwertung bezieht sich tendenziell auch auf die Angehörigen der »alten Mittelklasse«. Reckwitz spricht zwar sowohl von einer sozialen als auch einer kulturellen Entwertung, aber er betont, dass die kulturelle Entwertung im postindustriellen Kapitalismus an Relevanz zugenommen hat (Andreas Reckwitz, *Die Gesellschaft der Singularitäten*, Berlin: Suhrkamp 2017, S. 109).

Kulturelle und ökonomische Entwertungsprozesse müssen nicht zwangsläufig Hand in Hand gehen, in manchen Soziallagen ist das aber durchaus der Fall, etwa bei prekär Beschäftigten; in anderen Lagen, etwa bei den Kernbelegschaften in der Automobilindustrie, ist das – bisher noch – die Ausnahme. Doch auch wenn in dieser Gruppe nicht von einer ökonomischen Benachteiligung die Rede sein kann, erfahren sie Reckwitz zufolge kulturelle Entwertungsprozesse. Was sie essen, ist nicht ökologisch korrekt. Sie fahren nicht nur Dieselaufos, sondern stellen diese sogar her. Und ihr Verständnis der Geschlechterrollen ist von vorgestern.



Abb. 4 »Teilnehmer/-innen einer Demonstration des islam- und fremdenfeindlichen Bündnisses »Pegida« gegen den Migrationspakt der UNO am 1.12.2018 vor dem Brandenburger Tor«

© picture alliance / Christoph Soeder / dpa

Natürlich handelt es sich hierbei um eine Karikatur, die weder der »neuen Unterklasse« noch der »alten Mittelklasse« gerecht wird. Aber es handelt sich um ein medial wirkmächtiges Stereotyp. Gleiches gilt für die Rede von den »alten weißen Männern«, die sich gerade in vermeintlich linken Zusammenhängen einer großen Beliebtheit erfreut. Sie wertet auf stereotype Weise ab. Wer sich derart »identitätspolitisch« im öffentlichen Diskurs repräsentiert sieht, wird sich nicht reumütig dem Antisexismus fügen, sondern sich in seinem Weltbild bestätigt sehen.

Die Wähler und Wählerinnen rechtspopulistischer Parteien sind, und das gilt zunehmend auch für Deutschland, größtenteils jene, die zu den ökonomischen und/oder kulturellen Verlierern des postindustriellen Kapitalismus zählen. Mit Reckwitz gesprochen gehören sie zur alten Mittel- und neuen Unterklasse. Das zeigt sich besonders deutlich, wenn man sich die Verteilung der Wählerstimmen zwischen Stadt und Land und in den größeren Städten zwischen den einzelnen Vierteln anschaut. Die Wähler/-innen der AfD gehören, und hier besteht eine starke Übereinstimmung zu denen anderer rechtspopulistischer Parteien in Europa, größtenteils zu den ökonomischen und/oder kulturellen Verlierer/-innen des gegenwärtigen Kapitalismus.

Der Verweis auf die Wandlungsprozesse des Kapitalismus und die sozialstrukturelle Zusammensetzung des Elektorats rechtspopulistischer Parteien soll deren Wahl nicht entschuldigen und schon gar nicht als einen heroischen Akt des Widerstands verklären. Es soll aber darauf verweisen, dass die liberale Populismuskritik in der gegenwärtigen Situation eine Verschleiерungs- und Stabilisierungsfunktion besitzt, solange sie die Wandlungsprozesse des globalen Kapitalismus und deren ökonomische, kulturelle und soziomoralische Verteilungseffekte nicht berücksichtigt.

Wer den Rechtspopulismus verstehen will, muss noch einen weiteren Aspekt der Veränderung westlicher Demokratien beachten. In diesen hat sich in jüngerer Zeit eine neue Konfliktlinie zwischen »Öffnung« und »Schließung« herausgebildet, die hergebrachte Konfliktlinien (»Kapital« gegen »Arbeit«, »Stadt« gegen »Land«, usw.) ergänzt und überlagert. Infolge der politisch gewollten, wachsenden Interdependenz der politischen Ordnungen in der Globalisierung, der Zunahme grenzüberschreitender Kommunikation, der Liberalisierung der Kultur und Ökonomie und aufgrund der erhöhten Mobilität haben sich Veränderungsprozesse vollzogen, die Gegenreaktionen und damit einen Konflikt zwi-

schen Befürwortern von weiterer »Öffnung« auf der einen und Befürwortern von »Schließung« auf der anderen Seite auslösen. Obwohl viele regierende Parteien durchaus »Schließungspolitik« betrieben haben und betreiben, wird dieser Konflikt aufgrund der Vorherrschaft des liberalen Diskurses in der Öffentlichkeit (»Weltoffenheit statt Abschottung«) und im Parteienwettbewerb symbolisch nicht hinreichend repräsentiert. Die dadurch entstehende Repräsentationslücke wird gegenwärtig von rechtspopulistischen Parteien genutzt, die sich durch ihre Programmatik, aber vor allem auch mittels der Verwendung von »Schließungsparolen« (»Build a wall!«) als Parteien der Schließung positionieren. Damit können sie ein Alleinstellungsmerkmal als Repräsentanten der Befürworter von »Schließung« beanspruchen.

Man kann diese Konstellation als das Ergebnis einer umfassenden, seit den 1970er Jahren einsetzenden »Modernisierung« begreifen, wie sie von Reckwitz beschrieben und von Rorty kritisiert wird. Sie ist, und darin stimmen Reckwitz und Rorty überein, durch politische, ökonomische und kulturelle Liberalisierungsprozesse gekennzeichnet, die, wie alle Prozesse sozialen Wandels, »Gewinner« und »Verlierer« hervorbringt. Individuen, Gruppen, Klassen und Milieus sind unterschiedlich von diesen Liberalisierungsprozessen in Politik, Wirtschaft und Kultur betroffen und interpretieren die Bedeutung dieser Prozesse unterschiedlich. Während die Liberalisierung in den Augen mancher einen Gewinn darstellt (und ihnen mehr Freiheit, Geld, Ansehen, Selbstverwirklichungschancen und den Bedeutungszuwachs von ihnen geschätzter Werte und Ideen einbringt), befürchten andere einen entsprechenden Verlust. Die Rechtspopulisten beanspruchen die Repräsentation dieser »Verlierer« beziehungsweise derjenigen, die sich dafür halten. Dies korrespondiert mit der Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien, die tendenziell eher älter, männlich und nicht akademisch geprägt ist.

Schluss

Der Rechtspopulismus artikuliert ein gesellschaftliches Unbehagen an einer ökonomischen, politischen und kulturellen Liberalisierung und bedient sich dabei der elektoralen Demokratie. Er ist ein Indiz für das Ende der liberalen Hegemonie. Insgesamt mehrten sich die Zeichen, dass das liberale Zeitalter seinem Ende entgegengehen könnte. Die drei Bestandteile der liberalen Ordnung, kapitalistische Freiheit, kultureller Pluralismus und politische Gleichheit lassen sich offensichtlich nicht gleichermaßen maximieren; ab einer bestimmten Schwelle stehen sie sich wechselseitig im Weg. Und diese Schwelle scheint mittlerweile überschritten worden zu sein.

Die liberale Demokratie war so lange eine stabile Ordnung, wie sie es ermöglicht hat, die in unserer Gesellschaftsform unvermeidbaren wirtschaftlichen, kulturellen und sozio-moralischen Umschichtungen zu verarbeiten und die mit ihnen einhergehenden Konflikte im Rahmen »gleichfreier«, Legitimität erzeugender politischer Verfahren und Institutionen auszutragen.

Insbesondere die Maximierung wirtschaftlicher Freiheit für Kapitaleigentümer, die auch einigen, die nicht davon profitieren, durch kulturelle Liberalisierung schmackhaft gemacht werden konnte, hat zur Schwächung politischer Gleichheit beigetragen und dadurch den Aufstieg des Rechtspopulismus befördert. Dieser bedroht nun alle liberalen Errungenschaften. Daraus folgt, dass es vor allem darum gehen müsste, wirtschaftliche Freiheiten ökonomischer Eliten einzuschränken, um die gesellschaftlichen



Abb. 5 »Wir erneuern nur die maroden Fundamente«

© Gerhard Mester, 2018

Voraussetzungen von politischer »Gleichfreiheit« und kulturellem Pluralismus herzustellen.

Literaturhinweise

- Iversen, Torben / David Soskice (2019): *Democracy and Prosperity: Reinventing Capitalism in a Turbulent Century*, Oxford: Oxford University Press 2019, insbes. Kapitel 5.
- Lefort, Claude (1990): *Die Frage der Demokratie*, in: Rödel, Ulrich (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1990, S. 281–297.
- Mudde, Cas (2004): *The Populist Zeitgeist*, in: *Government and Opposition* 39 (2004), S. 541–563.
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten*, Berlin: Suhrkamp 2017, S. 109.
- ders., (2019): *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, Berlin: Suhrkamp 2019.
- Rorty, Richard (1999): *Stolz auf unser Land. Die amerikanische Linke und der Patriotismus*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1999, S. 85.

MATERIALIEN

M 1 Thomas Steinfeld (2019): »Das Volk, das Volk, das hat immer recht«, Süddeutsche Zeitung, 16.6.2019

(...) Das »Volk« hat, wie auch die »Elite«, in den vergangenen Jahren eine steile Karriere durchlaufen: in der »Alternative für Deutschland«, vor allem in deren straßentauglichen Varianten, bei den »Gelben Westen« in Frankreich, bei den italienischen Ligisten. Schon lange entspricht dieses »Volk« nicht mehr dem »Volk«, das in den Straßen von Leipzig demonstrierte, einzig dadurch, dass es sich selbst als »Volk« bezeichnete, die in der DDR stets behauptete Einheit von Volk und Führung bestritt und der Regierung auf diese Weise einen Dissens eröffnete, der bald nicht mehr zu überbrücken war. »Wir sind **das** Volk«, hieß die Parole damals, mit der Betonung auf dem bestimmten Artikel, also im Sinne der »plebs«, die sich gegen die Herrschenden erhebt. Später hieß es dann: »Wir sind **ein** Volk«, wiederum mit der Betonung auf dem Artikel, dieses Mal aber dem unbestimmten. Er verwandelte sich dadurch in ein Zahlwort. Das »Volk« begriff sich in dieser Variante der Parole als »populus«, also nicht in der Differenz zur Macht, sondern in der Differenz zu anderen Völkern.

In den populistischen Bewegungen, die gegenwärtig die im herkömmlichen Sinne demokratischen Politiker vor sich hertreiben, werden »das Volk« und »ein Volk«, »plebs« und »populus«, in eins gesetzt. Auf diese Weise entsteht ein »Volk«, das sich, gleichgültig, was ihm gerade widerfährt oder was es zu verhandeln gibt, grundsätzlich im Recht glaubt, sich aber um die Verwirklichung dieses Rechts betrogen sieht: von böartigen Eindringlingen aus dem Ausland einerseits sowie von einer »Elite« (wahlweise einer Bande von »elitären Hipstern«, Jens Spahn) andererseits, die das »Volk« verrät, indem sie dessen Reichtum an angebliche Flüchtlinge verschleudert, indem sie sich ausländischen Konzernen und einheimischen Spekulanten an den Hals wirft, indem sie eine Kaste von Bürokraten, Funktionären und Halsabschneidern ernährt, die nichts Besseres zu tun haben, als sich die eigenen Taschen zu füllen und das »Volk« um die eigentlich ihm zustehenden Erträge seiner Arbeit zu bringen.

Oft schon sind die Fiktionen offengelegt worden, die einem solchen Begriff von »Volk« zugrunde liegen. Das »Volk«, im vereinten, emphatischen Sinn verstanden, ist eine Abstraktion, die von keiner »Wirklichkeit« gedeckt wird, sei diese nun ethnischen, sprachlichen oder kulturellen Charakters. Ein »Volk« ist, nüchtern betrachtet, nichts anderes als das Ensemble von Menschen, die ein Staat als seine Bürger betrachtet. Aber wer will das wissen? In der Fantasie der Empörten erscheint der Staat vielmehr als eine Institution, die in erster Linie und überhaupt für das Wohlergehen seines und nur seines »Volks« zu sorgen hat. Erfüllt der Staat, oder genauer: erfüllen die Politiker diese Ansprüche nicht, machen sie sich, in den Augen des »Volks«, an ihren Bürgern schuldig. Mit dem Gefühl aber, man habe etwas Besseres verdient als die Behandlung, die einem von Staats wegen zugemutet wird, wie mit der Ehre, von der Hegel sagt, sie sei das »schlechthin Verletzliche«. Es kennt keinen objektiven Maßstab. Es empört sich, wer sich empören will – worüber er sich empören will und in dem Grad, in dem er sich empören will.

Diese Empörung ist negativ bestimmt und will nicht zwischen eingebildeten und realen Anlässen unterscheiden. Sie besteht in der Wahrnehmung von Zumutungen, und die Zurschaustellung der entsprechenden »Wut« bildet den Kern des öffentlichen Engagements, was zur Folge hat, dass sich mit dem schlichten Faktum



M 2 »ICH bin das Volk!«

© Gerhard Mester, 2016

des Empörtseins (...) auch der Anspruch auf öffentliches Gehör zu verbinden scheint. (...) Dass »es« irgendwie reicht, ist dagegen immer schon ausgemacht. Geistfeindlichkeit gilt hier als Befreiung, und jeder noch so begründete Hinweis auf die Empirie erscheint als Versuch, dem »Volk der Wirklichkeit« die ihm rechtlich zustehende Berücksichtigung zu entziehen. (...) Vor ein, zwei Jahren hätte man noch gedacht, dass die sogenannten rechtspopulistischen Bewegungen der Demokratie irgendwann den Garaus machen. Mittlerweile stellen sich die Verhältnisse anders dar: als eine Übernahme der Demokratie zugunsten eines »Volks der Wirklichkeit«, das sich um seinen fiktiven Charakter nicht schert. In dieser Radikalisierung gibt sich ein Grundwiderspruch des Demokratischen zu erkennen: Es hat nur Bestand, wenn sich eine deutliche Mehrheit des Wahlvolks in den wesentlichen Anliegen einig ist. Ist es mit der Wertegemeinschaft vorbei, wird offenbar, dass es keine inhaltliche Bestimmung der Demokratie gibt und ihr vielmehr rein mathematische Verhältnisse zugrunde liegen. Anders formuliert: Die Demokratie, im herkömmlichen Sinn begriffen, kann sich nicht verteidigen, wenn der lange Zeit bestehende »Common Sense« von einer großen Wählergruppe in Zweifel gezogen oder gar bekämpft wird. Sie kann, weil sie sich über den Willen des »Volkes« definiert, nur mitmachen. In der Folge bewegen sich die meisten europäischen Parteien, und nicht zuletzt die sozialdemokratischen, in die Richtung, die von den populistischen Bewegungen vorgegeben wurde, und zwar in einem Maß, das noch vor wenigen Jahren unvorstellbar gewesen wäre. (...) Die »Elite« (noch vor fünfzehn Jahren eine Lieblingsparole der Bildungspolitik) ist nunmehr ein hässliches Phantom, das seine Gestalt wechseln kann, solange sie nur irgendwie als etwas diffus Höheres und Feindliches identifizierbar bleibt: Sie erscheint politisch als Erhöhung der Kraftstoffsteuern zugunsten der Energiewende, sie erscheint ökonomisch als das internationale Kapital, sie erscheint kulturell als die heimat- und gewissenlose Klasse, die aus der Globalisierung persönlichen Gewinn zieht. Sie kann auch als das liberale Bürgertum erscheinen, weil dessen Öffentlichkeit einen gewissen Grad von Bildung voraussetzt, zumindest in Gestalt der Fähigkeit, Argumente zu bilden und zu verstehen, also auf der Objektivität von Urteilen zu bestehen. (...) Das Bewusstsein, dass rechtschaffene Bürger nicht nur einen Anspruch auf staatliche Fürsorge besitzen, sondern auch bevorzugt behandelt werden müssen, teilen die Empörten außerdem nicht nur mit der Mehrheit der Bevölkerung, sondern auch mit großen Teilen der medialen Öffentlichkeit. (...)«

© www.sueddeutsche.de/kultur/populismus-demokratie-afd-emmanuel-macron-1.4482355

M 3 Michael Zürn (2018): »Gründe für den Populismus: Liberale Eliten als Hassobjekt«, Tagesspiegel Causa, 21.10.2018

Entscheidungen werden oft von europäischen oder internationalen Institutionen beeinflusst, über deren Spitzenkräfte die Bevölkerung wenig weiß. Das erzeugt bei vielen das befremdliche Gefühl, von ihnen zwar dominiert, aber nicht repräsentiert zu werden. Der Parteivorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD) hat kürzlich in einem Beitrag in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« den Populismus als eine Bewegung beschrieben, die sich gegen die »globalisierte Klasse«, gegen »deren Heimatverbundenheit und ökonomische Zumutungen« stellt. Dabei betont er nachdrücklich, dass sich die AfD dem politischen Wettbewerb in Wahlen stelle. Tatsächlich wurden die Populisten, dort, wo sie derzeit die Regierung stellen oder an ihr beteiligt sind, immer gewählt – nicht nur Trump und Salvini, auch Kaczynski, Orban, Strache, Modi und selbst Putin. Auch die Populisten, die sich in der Opposition befinden, haben fast überall erstaunliche Wahlerfolge aufzuweisen. Ist es also richtig, dass die Populisten als Gegenbewegung zur Dominanz der globalisierten Klasse gewählt werden? Was genau erklärt den Aufstieg der Populisten?

Es gibt zwei dominante Erklärungsansätze für das flächendeckende Aufkommen des Populismus. Am erster Stelle ist eine ökonomische Erklärung zu nennen, die unmittelbar an die Verteilungseffekte der Globalisierung anschließt. Es sind demnach vor allem die ökonomischen Verlierer, die aus ihrer sozialen Unsicherheit heraus Populisten wählen. Im Mittelpunkt steht dabei die wachsende materielle Ungleichheit, die innerhalb der meisten etablierten Demokratien deutlich zugenommen hat. So wäre weder der Brexit noch die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA erfolgt, wenn sie nicht auf die Unterstützung der Wähler in strukturschwachen Regionen mit veralteten Industrien hätten zählen können.

Allerdings bleibt bei dieser Erklärung unklar, wieso sich Globalisierungsverlierer an den autoritären Populismus (nicht selten mit superreichen und moralisch verkommenen Leitfiguren) und nicht etwa an linkspopulistische Parteien wenden, die unmittelbar mehr sozialen Schutz versprechen. Zudem kann die ökonomische Erklärung kaum verständlich machen, warum sich insbesondere in Ländern, die ökonomisch besonders stark von der Globalisierung profitiert haben, autoritäre politische Kräfte durchgesetzt haben und die Regierung bilden: Die Türkei, Ungarn, Polen und auch Indien sind Beispiele hierfür.

Viele erachten daher eine kulturelle Erklärung für wichtiger. Demnach sind parallel zur Globalisierung der kulturelle Liberalismus und universelle Werte in westlichen Gesellschaften so dominant geworden, dass sie einen kulturellen »Backlash« der eher traditionalistisch eingestellten Bevölkerung provoziert hat. Die soziale Differenzierung zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse wird durch eine Trennung in »schick« und »piefig« ersetzt, die gleichzeitig eine kulturelle Herabsetzung »heimatverbundener« Einstellungen beinhaltet. Dieser Gegensatz spiegelt sich im unterschiedlichen Wahlverhalten in Städten und in ländlichen Regionen wider. Aber auch hier bleiben offene Fragen. So bleibt aus der kulturellen Perspektive etwa unerklärlich, warum sich die populistische Wut nicht auch gegen internationale Organisationen wie die Welthandelsorganisation richtet, die wohl kaum als Speerspitze des Postmaterialismus oder des Feminismus gesehen werden können.

Besser greift eine politische Erklärung. Sie verweist auf eine gesunkene Responsivität des politischen Systems gegenüber den



M 4 »Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD in Thüringen, nahm am 17.2.2020 an einer Demonstration des islam- und ausländerfeindlichen Bündnisses Pegida teil mit dem Titel »200. Dresdner Abendspaziergang«. Das Moto lautete »Stoppt die Islamisierung!«

© picture alliance/Robert Michael/dpa-Zentralbild/dpa

Wünschen und Interessen der bildungsschwächeren und stärker heimatverbundenen Gesellschaftsschichten. Paradoxerweise beginnt diese Erklärung mit der Befriedung des Klassenkonflikts. Grundlegend dafür war eine Art erweiterter Gesellschaftsvertrag, in welchem dem Kapital offene Grenzen zugesagt wurden und im Gegenzug der moderne Wohlfahrtsstaat aufgebaut werden konnte.

Das Wohlstandsversprechen des Kapitalismus schuf Raum für die Demokratie. Erst mit diesem historischen Kompromiss konsolidierten sich die Demokratie in weiten Teilen Europas. Erst mit ihm begannen sich Volksparteien zu entwickeln. Er führte aber auch zu einer tiefgreifenden Änderung des Verhältnisses zwischen Parteien und Bevölkerung. Es lohnt sich, die über 50 Jahre alten Ausführungen des US-Politikwissenschaftlers Robert Dahl anzuschauen, die die weiteren Entwicklungen punktgenau erfassten. Politik muss Kompromisse finden, dafür braucht sie Experten – das führt bereits zur Distanz zu den Bürgern. Demnach müssen Volksparteien eine Politik der Kompromisse und des Verhandels betreiben; eine Politik, die von Experten und Parteispitzen mit geringer Bindung an die Basis bestimmt wird und betont moderierend daherkommt. Im Ergebnis steht ein politischer Prozess, der halb pragmatisch und halb technokratisch ist. Dahl führte weiter aus: Viele Bürgerinnen und Bürger werden diese Politik als zu distanziert und bürokratisiert, als ein Instrument der politischen Eliten und Experten ansehen. Der zunehmende Pragmatismus und die Professionalisierung der Parteipolitik haben also zu einer Entfremdung zwischen Wählern und Parteipräsentanten geführt. Die Vertrauenswerte in Parteien und Parlamente sanken in allen konsolidierten Demokratien seit den 1960er Jahren immer weiter ab. Demgegenüber genossen nicht-majoritäre Institutionen, die ihre Entscheidungen nicht mit dem Mehrheitsprinzip, sondern zumeist technokratisch mit Expertise rechtfertigen, lange Zeit fast überall deutlich höhere Vertrauenswerte. Das Vertrauen der Deutschen etwa in ihre Zentralbank und ihr Verfassungsgericht ist legendär. Im Ergebnis haben seit den 1980er Jahren solche nicht-majoritären Institutionen überall an Bedeutung und Macht innerhalb demokratischer Systeme gewonnen.

Internationale Institutionen sind immer liberal-kosmopolitisch ausgerichtet. Das widerspricht den »Heimatverbundenen«. Die nicht-majoritären Institutionen sind nicht nur als neutrale Expertengremien zur Förderung des Gemeinwohls zu sehen; sie stehen auch für eine liberal-kosmopolitische Überzeugung. Demgegenüber ist die kommunitaristische Gegenposition innerhalb von na-

tionalen Parlamenten und Parteien stärker vertreten. Insofern entsteht bei vielen heimatverbundenen Menschen der Eindruck, sie werden von nicht-majoritären Institutionen zwar dominiert, aber nicht repräsentiert. Wenn die politische Erklärung des autoritären Populismus zutrifft, dann werden die gegenwärtig zu beobachtenden Spannungen und Polarisierungen in demokratischen Gesellschaften anhalten. Sie können nicht allein durch ein paar sozialpolitische Wundpflaster oder das Ablegen der kulturellen Arroganz der »Progressiven« ausgeräumt werden. Auch der verzweifelt anmutende Versuch, den politischen Raum rechts der CDU wieder kleiner zu machen, ist dann zum Scheitern verurteilt, wie gerade in Bayern zu beobachten war. Er beruht auf der Vorstellung eines eindimensionalen Parteiensystems, das es nicht mehr gibt.

Hat Gauland also recht mit seinen Thesen? Die Herausbildung einer neuen Konfliktlinie zwischen liberalen Kosmopoliten und »heimatverbundenen« Kommunitaristen lässt sich in der Tat vielerorts beobachten, wie die Sozialwissenschaften lange schon vor dem Aufstieg der AfD gezeigt haben. Auch die Kritik einer Form des Kosmopolitismus, der ökonomisch unausgewogen ist, zur kulturellen Arroganz neigt und sich dem politischen Wettbewerb verschließt, lässt sich nicht von der Hand weisen. Aber die rückwärtsgewandte Antwort der Populisten ist falsch. Sie ist defizitär und demokratiegefährdend. Sie ist defizitär, da die Orientierung an der Heimat in keiner Weise die zentralen Probleme unserer Zeit wie die Klimaerwärmung, die unterregulierten Finanzmärkte und den transnationalen Terrorismus löst. Und sie ist demokratiegefährdend, weil die politischen Rezepte der Populisten anti-liberal, anti-pluralistisch und anti-multilateral sind.

Der autoritäre Populismus ist anti-liberal, weil er die Mehrheitskultur und Mehrheitsmeinung über die Individual- und Minderheitenrechte stellt. Es ist kein Zufall, dass die polnische und die ungarische Regierung ihre institutionellen Abrissarbeiten bei den Verfassungsgerichten begannen. Er ist anti-pluralistisch, weil der in Anschlag gebrachte Mehrheitsbegriff vereinnahmend ist. Wenn die FPÖ in Österreich etwa ihren Spitzenkandidaten Heinz-Christian Strache auf Wahlplakate druckt und dazuschreibt: »Er will, was wir wollen«, dann heißt das: Alle Leute wollen dasselbe, und wir brauchen auch keine Verfahren, um den Mehrheitswillen aus der Vielfalt der Meinungen zu ermitteln. Der autoritäre Populismus ist anti-multilateral, weil er die nationale Souveränität auch dann über internationale Institutionen stellt, wenn nationale Politiken offensichtliche Schäden in anderen Ländern der Welt produzieren. Ein Beispiel ist die Entscheidung der Trump-Administration, das Pariser Klimaabkommen zu verlassen.

Diese drei Komponenten des autoritären Populismus werden durch die Gegenüberstellung der »einfachen und heimatbezogenen Leute« und einer »korrupten kosmopolitischen Elite« zusammengehalten. Der liberale Kosmopolitismus ist aber weit mehr als das Projekt einer sich selbst bereichernden Kaste. Nicht alle der mehr als 200.000 Menschen, die an der #unteilbar-Demonstration in Berlin teilgenommen haben, gehören der Elite an. Der liberale Kosmopolitismus ist das gesellschaftliche Projekt, das nach dem Zweiten Weltkrieg Freiheit, Frieden und Wohlstand mit sich gebracht hat. Es ist diese Reduktion eines gesellschaftlichen Projekts auf eine »globalisierte Klasse«, die ungute Erinnerungen an die dunkelsten Seiten deutscher Geschichte hervorruft.

Zwar ist allein die Wahl von autoritären Figuren als solche nicht undemokratisch. Wenn aber autoritäre Populisten an der Macht im Namen einer imaginierten Mehrheit die Grundrechte und die dritte Gewalt einschränken, wie wir es gerade in Polen und Un-



M 5 »Landtags-Wahlplakate der AfD am 30.8.2019 in Königs Wusterhausen. Der AfD-Parteivorsitzende von Brandenburg, Andreas Kalbitz, wird zukünftig ebenso wie Björn Höcke und der gesamte sogenannte »Flügel« der AfD vom Verfassungsschutz beobachtet.« © picture alliance/ZUMA Press

garn erleben, dann geraten auch etablierte liberale Demokratien ins Wanken. Wenn solche Regierungen den regionalen Integrationsverbund nicht nur verbal infrage stellen, sondern auch in der Praxis dem Trittbrettfahrertum huldigen – erneut Ungarn, aber auch Großbritannien sind Beispiele dafür –, dann droht ein supranationales Institutionensystem wie die EU aus den Fugen zu geraten. Und wenn dann noch auf internationaler Ebene, wie etwa explizit von Donald Trump, gar das Vorhandensein von globalen öffentlichen Gütern generell in Abrede gestellt wird, dann steht die liberale Weltordnung am Abgrund. Diese drei Gefahren verstärken sich gegenseitig. Ein auf bedingungslosen Wettbewerb ausgerichtetes Staatensystem stärkt den Nationalismus. Der Nationalismus schwächt die EU. Und ohne eine starke EU gerät die multilaterale Ordnung noch mehr unter Druck.

Diejenigen, die für eine offene und demokratische Gesellschaft eintreten, stehen vor einer enorm schwierigen Aufgabe. Sie müssen Kritik am Status quo üben, ohne »das System« zu desavouieren. Sie müssen für Reformen und Veränderungen kämpfen, um die Grundwerte der politischen Ordnung verteidigen zu können. Es gibt nur einen erfolgversprechenden Weg: für die Demokratisierung der europäischen und internationalen Institutionen eintreten, den politischen Wettbewerb auf internationaler Ebene ermöglichen und diese Institutionen mit regulatorischer Kraft auch zur Verhinderung von neoliberalen Auswüchsen ausstatten. Die beiden anderen Optionen führen zum Fall des liberal-kosmopolitischen Projekts. Ein Festhalten am technokratischen »Weiter so« birgt die Gefahr, den autoritären Populisten vollends zu erliegen. Eine Bekämpfung der autoritären Populisten durch eine präventive Renationalisierung gleicht dem Selbstmord aus Angst vor dem Tod.

© <https://causa.tagesspiegel.de/gesellschaft/populismus-und-die-werte-der-anderen/liberale-eliten-als-hassobjekt.html>

M 6 Wilhelm Heitmeyer (2019): »Warum der Begriff »Rechtspopulismus« verharmlosend ist«, Der Spiegel, 24.8.2019

»Rechtspopulismus« ist ein verführerisch einfacher Begriff. Tatsächlich setzt er unterschiedliche politische Phänomene gleich und verdeckt so ihre Gefahren. Um ihnen begegnen zu können, müssen wir sie genauer benennen. In Deutschland stehen richtungsweisende Landtagswahlen im Osten an, in denen die AfD mit weitreichenden Gewinnen rechnen kann, die ihre parlamentarische Einflussmacht vergrößern und das gesellschaftliche Klima weiter negativ beeinflussen werden. Wird die bisherige Entwicklung mit differenzierten Begriffen beschrieben? Meine These lautet: Nein.

Seit einigen Jahren macht ein Begriff zur Kennzeichnung der Entwicklung von rechten Parteien und Bewegungen eine atemberaubende Karriere, die alle anderen Benennungen verkümmern lässt. Es ist die Rede vom »Rechtspopulismus«. Ein glattpolierter Begriff, dessen Attraktivität dadurch besticht, dass den Rezipienten der »eingemeindende« Eindruck vermittelt wird, damit seien jetzt alle gleichermaßen informiert und übereinstimmend wissend, um was es geht. Gerade diese weitgehend einvernehmliche und kritiklose Verwendung muss Kritik hervorrufen: Ist eine rundgeschliffene, ohne Ecken und Kanten aufscheinende Formel angemessen, um die widersprüchlichen, sperrigen, vielschichtig bedrohlichen Entwicklungen angemessen »einzufangen«?

Genau dies ist ein gefährlicher politischer Trugschluss. Mit dieser allseitigen Verwendung in Medien, Politik und selbst in der Wissenschaft lechzen die Akteure nach Kurzformeln – und bedienen eine Entdifferenzierung politischer und gesellschaftlicher Zustände, die nach Differenzierung schreien. Die Verwendung der Kurzformel ist kurzsichtig. Sie dient nicht der Aufklärung dessen, um was es inzwischen geht.

Jeder nachdenkliche Blick auf die politischen Landschaften von den USA über Brasilien bis in die vielfältigen europäischen Gesellschaften zeigt doch, dass der Einheitsbegriff des Rechtspopulismus als »Catch-All-Term« den sperrigen Realitäten in diesen Ländern mit ihren historischen und kulturellen Traditionen und neueren Entwicklungen im Zeitalter eines rabiaten Kapitalismus in keiner Weise gerecht wird. Nun ist hier kein Platz für die ganzen Differenzierungen im weltweiten Maßstab. Deshalb soll die Problematik auf die neuere deutsche Debatte begrenzt werden. Jene Medien, Politik und Wissenschaft, die mit diesem Einheitsbegriff arbeiten, bedienen daher – nicht unbedingt strategisch, sondern aus Nachlässigkeit – eher Vernebelungstaktiken der politischen Akteure und Bewegungen, ohne die genauen ideologischen Komponenten benennen zu können. Genau das wäre aber die zentrale Voraussetzung, um aus deren spezifischen Kennzeichnungen dann Gegengifte zu entwickeln. Sie haben den Vorteil, die Verhältnisse zum Beispiel in Deutschland mit der relativ jungen Entwicklung der seit 2015 rechtsgewendeten AfD genauer beschreiben zu können. Ebenso die Zustände in Österreich mit dem fast



M 7 »Schmeißt ihn raus! Sonst ...« (Der Vorschlag des Parteivorsitzenden Jörg Meuthen vom April 2020, die AfD möge sich von ihrem »Flügel« trennen, stieß parteiintern auf heftige Kritik und wurde von Meuthen wieder zurückgezogen.)

© Gerhard Mester, 2020

20-jährigen »Vorsprung« seit dem Einstieg von Jörg Haider mit seinen verschiedenen ideologischen Wendungen und wechselnden sozialen Adressatengruppen – je nach Machtkalkül zur Mehrheitsbeschaffung. Und die Vorgänge in den osteuropäischen Transformationsgesellschaften mit den autoritären Folgewirkungen unter anderem in Polen und Ungarn verdienen ebenfalls charakterisierende Begrifflichkeiten statt des vereinheitlichenden Etiketts des Rechtspopulismus.

Worin könnte die Differenzierung im inzwischen breiten rechten politischen Spektrum bestehen, um die spezifische Gefährlichkeit für liberale Demokratien und offene Gesellschaften zu benennen?

Der Vorschlag unterscheidet drei Varianten: erstens die Kategorie des Rechtspopulismus; zweitens alle jene Varianten, die als »Autoritärer Nationalradikalismus« bezeichnet werden können; und drittens den gewalttätigen Rechtsextremismus, einschließlich neonazistischer Versionen. Anhand dieser Differenzierung kann die Gefährlichkeit für die offene Gesellschaft und liberale Demokratie unterschieden werden. Dazu sollen die Platzierungen in diesem Spektrum differenziert werden.

Rechtspopulistische Bewegungen und Parteien gibt es zweifellos, die mit flacher Ideologie und »One-Issue-Alarmismus« zum Beispiel die Islam- oder Muslimfeindlichkeit in ihrer jeweiligen Gesellschaft vorantreiben. Dazu werden öffentliche Erregungszustände über traditionelle Massenmedien oder die (a)sozialen Netzwerke erzeugt. Dieser »One-Issue-Alarmismus«, wie ihn exemplarisch Geert Wilders mit seiner Ein-Mann-Partei in den Niederlanden repräsentiert, ist verhallend, weil die dramatisierte Konfliktlinie »Volk-gegen-Elite« vom breiten Publikum inzwischen durchschaut wird und keine politisch-institutionellen Folgen hat, die systemrelevant sind.

Die gewalttätige Variante im rechten Spektrum stellt der traditionellen partei- und bewegungsförmige Rechtsextremismus dar. Dazu gehören in Deutschland die Parteien wie »Die Rechte«, »Der Dritte Weg« oder auch die Reste der NPD. Dann sind es die neonazistischen Kameradschaften mit ihrer Gewaltverherrlichung und der Nähe zu terroristischen Zellen. Diesen Akteursgruppen geht es um die Verbreitung von Schrecken im öffentlichen Raum, also

um Raumgewinne auf Straßen und Plätzen. Dazwischen ist nun eine Partei mit einer eigenen Erfolgsspur platziert, die weder bloß nur schlichte und flache Ideologien vertritt noch den brutalen Auftritt im öffentlichen Raum zelebriert. Es ist die AfD als »Autoritärer Nationalradikalismus«.

Autoritär, weil sie Gesellschaftsvorstellungen vertritt, die eine auf Homogenität ausgerichtete Volksgemeinschaft mit entsprechenden Ausgrenzungen sowie einem auf Hierarchien basierenden Kontrollparadigma beinhalten. National im Sinne von nationalistisch, weil die Überlegenheit des deutschen Volkes herausgestellt wird in Kombination mit einer Ideologie der Ungleichwertigkeit gegenüber Anderen. Hinzu kommen die Propagierungen einer Neudeutung deutscher Geschichte. Radikalismus im Hinblick auf die strategischen Grenzüberschreitungen zur Verletzung psychischer und physischer Unversehrtheit von Andersdenkenden und Menschen anderer Herkunft im Sinne gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Diese Formation hat eine Zielrichtung, die sich sowohl von rechtspopulistischen als auch von gewalttätigen rechtsextremistischen Varianten dadurch unterscheidet, dass sie auf die Destabilisierung von gesellschaftlichen und politischen Institutionen zielt, um einen Systemwechsel zu erreichen. Systemwechsel heißt nicht Diktatur, sondern im Rahmen bisheriger legaler Verfahren die Umstellung auf eine geschlossene Gesellschaft und eine illiberale Demokratie. Hier lagern die Ansätze für autoritäre Versuchungen. In der Zielrichtung zur Destabilisierung zentraler Institutionen ist das lärmende, zum Teil pöbelnde Auftreten in Parlamenten sowohl mediale Aufmerksamkeit heischendes als auch ablenkendes Beiwerk. Denn es geht vor allem um das Eindringen in die Institutionen, also Justiz, Polizei, Medien, Schulen, Kulturbereich, politische Bildung, Gedenkstätten, Sport, Bundeswehr, Gewerkschaften, Theater und, und, und. Vor diesem Hintergrund bewegt sich die Verwendung von Kurzformeln wie »Rechtspopulismus« als alle notwendigen Differenzierungen negierende Kategorie im Feld der Verharmlosung und politischen Kurzsichtigkeit, weil die unterschiedlichen Gefährlichkeiten dieser Erfolgsvariante im rechten Spektrum nicht angemessen zur Kenntnis des Publikums gebracht werden.

Dies gilt insbesondere für die Mechanismen, die zum Tragen kommen: dichotomische Weltbilder zur Realitätsreduktion, um Feindbilder zu produzieren; das Kontrollparadigma als Machtstrategie; die Emotionalisierung gesellschaftlicher Probleme als Kontrollverluste; der eskalative Mobilisierungsstil als Versprechen der Wiederherstellung von Kontrolle; »Deutschsein« als letzter Identitätsanker vor dem Untergang. Schließlich die »Gewaltmembrane«, also Trennendes wie Durchlässiges des Spiels mit gewaltlegitimierenden Begriffen, die Gewaltakteure aufgreifen und umsetzen – und den Begriffsakteuren nicht zuzurechnen sind. Angesichts dieser Mechanismen, die zudem immer mehr mit historisch tiefreichenden Ideologien des sich ausdifferenzierenden rechtsintellektuellen Milieus unterlegt und angeheizt werden, muss überall dort, wo mit dem entdifferenzierenden und verharmlosenden Begriff des Rechtspopulismus hantiert wird, Kritik angemeldet werden, weil diese Verwendung jedes Aufklärungsinteresse und jede Erklärungsambitionen sträflich vernachlässigt. Die Berichterstattungen über effekthaschende Rabulistik in Parlamenten erscheinen dann vielfach fälschlicherweise als tiefreichende Hintergrundberichte. Dann geht die semantische Stilistik vor argumentative Differenzierung. Die rundgeschliffene mediale Verkaufsförmel Rechtspopulismus schlägt gewöhnungsbedürftig



M 8 »Teilnehmer einer Demonstration von AfD und dem ausländerfeindlichen Bündnis »Pegida« sowie der rechtspopulistischen Bürgerbewegung »Pro Chemnitz« vom 1.9.2018. Zuvor war ein Mann mit deutschem Pass von einem Asylbewerber ermordet worden. Die Demonstranten trugen u.a. eine Fahne mit der Aufschrift »Unsere Heimat unsere Zukunft« mit sich.«

© picture alliance/Ralf Hirschberger/dpa

tige und sperrige, aber kriterien- und theoriegefestigte Differenzierung und Identifizierung der gefährlichen Akteure des Autoritären Nationalradikalismus.

Die Fokussierung auf den Autoritären Nationalradikalismus à la AfD darf nicht den Blick verstellen auf das existierende Eskalationskontinuum im gesamten rechten Spektrum. Es lässt sich als »Zwiebelmuster« denken. Die äußere Schale bilden die Einstellungsmuster der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Teilen der Bevölkerung. Sie liefern Legitimationen für das Agieren des Autoritären Nationalradikalismus in Parlamenten und Institutionen, diese wiederum liefern weitere Legitimationen für das schon gewalttätige Agieren der systemfeindlichen Milieus wie die Autonomen Nationalisten. Die Legitimationsspirale geht dann weiter in Richtung der neonazistischen Kameradschaften wie »Blood & Honour«, die wiederum die Verbindungen zu terroristischen Einzeltätern oder Zellen herstellen.

Wie sich dieses Eskalationskontinuum realisiert, konnte im August 2018 bei Straßendemonstrationen in Chemnitz besichtigt werden, wo es erstmals zu einer breiten Verbrüderung von »roher Bürgerlichkeit«, Protagonisten des »Autoritären Nationalradikalismus« mit rechtsextremen und neonazistischen Akteuren und selbst einzelnen Angehörigen des terroristischen Milieus kam. Und wie das Eskalationskontinuum zu terroristischen Taten führen kann, wird durch den Mord am Regierungspräsidenten Lübcke im Juni 2019 sichtbar. Deshalb sind die Differenzierungen und die Auswirkungen auf die Dynamiken so wichtig.

Greift das Argument gegen die hier geübte Kritik der Entdifferenzierung, dass Differenzierung unnötig sei, weil sich in den Bildern beim jüngsten Treffen der nationalistischen Zerstörungselite von Wilders, Le Pen, Salvini, Meuthen etc. in Rom die paradoxe »Internationale« vereint im Geiste jubelnd präsentierte? Nein, die Strategien des Zerstörungswillens offener Gesellschaften und liberaler Demokratien sind zu unterschiedlich, sodass sie nicht über die flutschige Einheitsformel Rechtspopulismus verharmlosend eingegeben werden dürfen. Deshalb ist die Entdifferenzierung durch die allgegenwärtige Verwendung des Begriffes Rechtspopulismus gefährlich.

© www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/wilhelm-heimmeyer-warum-der-begriff-rechtspopulismus-verharmlosend-ist-a-1283003.html